



DIE KRAFT FÜR DIE
GEMEINDE VECHELDE

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Fraktion im Rat der Gemeinde Vechelde

12.2.2022

Antrag

zur Vorlage

- Sitzung des Finanzausschusses am 17.2.2022
- Sitzung des Verwaltungsausschusses am 24.2.2022
- Sitzung des Rates am 24.2.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

nachstehend übersende ich Ihnen einen Antrag der SPD Fraktion mit der Bitte zur Vorlage an Finanzausschuss, Verwaltungsausschuss und Rat der Gemeinde Vechelde.

Der Rat der Gemeinde Vechelde möge beschließen:

“1. Die Kostenerstattungen für Aufwendungen der Ortsheimatpflegerinnen und Ortsheimatpfleger werden ab dem Haushalt 2022 im Gesamthaushalt der Gemeinde bereit gestellt. Die Höhe des benötigten Ansatzes ist durch den Bürgermeister zu ermitteln und im Ergebnishaushalt einzuplanen.

2. Die Aufwandsentschädigungssatzung soll dahingehend geändert werden, dass Ortsheimatpflegerinnen und Ortsheimatpfleger eine angemessene Aufwandsentschädigung erhalten. Die Gesamtkosten sind vom Bürgermeister zu ermitteln und Haushaltsansatz 4421000 im Haushalt entsprechend zu erhöhen.”

Begründung:

Trotz der Zuordnung der OrtsheimatpflegerInnen zu den Ortschaften ist die Heimatpflege keine reine Aufgabe der Ortschaften, sondern eine Aufgabe mit übergeordneter Bedeutung. Daher sollten die Kosten auch nicht mehr aus Ortsratsmitteln, sondern vom Gesamthaushalt der Gemeinde getragen werden. Ausnahmen sind in tatsächlich rein ortschaftsbezogenen Sondertätigkeiten der

OrtsheimatpflegerInnen (wie z.B. Chroniken zu Ortsjubiläen o.ä.) zu sehen. Dem kommt hinzu, dass eine angemessene Wertschätzung der ehrenamtlichen Tätigkeit der OrtsheimatpflegerInnen aus den wenigen Ortsratsmitteln der einzelnen Ortschaften gar nicht finanzierbar wäre. Eine angemessene Aufwandsentschädigung im Sinne eines wertschätzenden Umganges mit dieser ehrenamtlichen Tätigkeit der OrtsheimatpflegerInnen ist unserer Auffassung nach allerdings überfällig. Darüber hinaus kann es schon gar nicht sein, dass die Kostenerstattung des Aufwandes der OrtsheimatpflegerInnen je nach Ortsrat unterschiedlich gehandhabt wird, weil es an einer satzungsgemäßen Regelung fehlt.

gez. Olaf Marotz,
Fraktionsvorsitzender